

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung im Voraus für sechs Monate 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Wohnbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Erscheinen bezogen für Deutschland ab und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Porto-Gebühren, von Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Raum kostet 2,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wochen-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2020, 2645, 4519 4603, 4635, 4648, 4822.

ARBEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das nächste Kampfziel

Heute tritt der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zusammen. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt: Stellungnahme zu den Vorschlägen der Sozialisierungskommission zur Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Das bedeutendste Problem proletarischer Klassenpolitik ist damit aufgerollt. Es handelt sich um das Schicksal der wichtigsten ökonomischen Machtposition des deutschen Wirtschaftslebens. Der Kampf um die Beantwortung der Frage kann für das Kräfteverhältnis der sozialen Klassen in nächster Zeit von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Die Bourgeoisie hat die Wichtigkeit der Frage in ihrer ganzen Bedeutung erfasst. Seit Wochen wird in dem größten Teil der bürgerlichen Presse ein hartnäckiger und erbitterter Kampf gegen die Sozialisierung des Bergbaues geführt. Der Ruin des Wirtschaftslebens wird prophezeit, wenn die Verfügung über die Bodenschätze endlich in den Besitz der Allgemeinheit gelangt und dem Kapital die Herrschaft über den Wirtschaftszweig genommen wird, aus dem es so riesige Rentengewinne bezogen hat. Und in diesem Kampf ist die Bourgeoisie einig und geschlossen. Sie weiß, es handelt sich um die Behauptung ihrer Herrschaft. Sie ist entschlossen, schon den Anfängen Widerstand zu leisten und kein Täfelchen von ihrer Macht aufzugeben.

Der bürgerlichen Front steht die proletarische bis jetzt nicht in gleicher Geschlossenheit gegenüber. So bitter es ist, es muß ausgesprochen werden, um den Versuch zu machen, diese Einheit für eine entscheidende Aktion doch noch zu gewinnen.

Die Sozialisierungskommission hat zwei Vorschläge gemacht. Der erste fordert die Ausschaltung der Kapitalisten aus dem Kohlenbergbau. Die Bergwerke sollen in den Besitz der deutschen Kohलगemeinschaft überführt werden; die Leitung übernimmt ein Kohlenparlament, das aus den gewählten Vertretern der Arbeiter, Angestellten und Leiter, der Konsumenten und aus Vertretern der Allgemeininteressen besteht. Dieses Kohlenparlament wählt ein Direktorium, das die Geschäfte führt und dessen Machtbefugnisse ausreichend genug gestaltet sind, um ohne bürokratische Schwerfälligkeit und Beengtheit die Kohlenwirtschaft führen zu können.

Der zweite Vorschlag beruht auf dem Gedanken der sogenannten paritätischen Selbstverwaltungskörper, bei dem die Kapitalisten und die Arbeiter mit gleichen Rechten vertreten sind. Zwar sollen nach diesem Vorschlage die Eigentumsrechte des Kapitals erheblich eingeschränkt werden, indem die Preis- und Gewinnfestsetzung dem Selbstverwaltungskörper übertragen wird. Die Gewinne sollen nach der Verzinsung ihres Kapitals den Unternehmern nur als Prämien für besondere Leistungen bei besserer und billigerer Produktion gewährt werden. Im übrigen soll ein Teil der Gewinne dazu verwandt werden, um Rücklagen zu machen, durch die nach einer vom Gesetz noch festzusetzenden Zahl von Jahren die Kapitalisten ausgelastet werden können.

Dieser Vorschlag bedeutet die Erhaltung der Kapitalisten, die nach wie vor über Führung und Leitung der Betriebe zu entscheiden haben. Der Selbstverwaltungskörper kann zwar Richtlinien geben zur Steigerung der Produktion, aber die eigentliche Betriebsleitung verbleibt dem Kapital.

Das allein macht den Vorschlag bereits zu einem unsozialistischen. Unsozialistisch ist aber auch die ganze ihm zugrundeliegende Idee, als ob der kapitalistische Unternehmer im Kohlenbergbau ein unentbehrlicher und unersetzbarer Faktor der Produktion wäre. Was wir zur Durchführung der Sozialisierung brauchen, ist die Mitarbeit der hochqualifizierten, technischen und organisatorischen Kräfte. Die sind aber heute schon im Kohlenbergbau vornehmlich die Angestellten der Unternehmung und nicht ihre Besitzer. Auf die Ausschaltung des Kapitalisten bei der Sozialisierung verzichten, heißt in Wirklichkeit auf den Sozialismus verzichten und das Opfer des sozialistischen Intellekts bringen.

Es kommt hinzu, daß alle Erfahrungen mit den paritätischen Körperchaften immer wieder den Beweis geliefert haben, daß Parität in Wirklichkeit nur bedeutet Aufrechterhaltung der kapitalistischen Vormachtstellung. Denn während die kapitalistische Front stets geschlossen ist, ist die Arbeiterfront gerade in den entscheidenden prinzipiellen Wirtschaftfragen nur zu häufig durchbrochen.

Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so würden ihn gerade die Verhandlungen der Sozialisierungskommission erbracht haben. Denn für den Vorschlag der Teilssozialisierung stimmte nicht nur der Vertreter der Christlichen und des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, sondern auch Wisseil und Cohen, während Werner, Hue, Umbreit und der Vertreter der IFA, Kaufmann, für die Vollsozialisierung stimmten und dem Vorschlag der Teilssozialisierung als Eventualantrag bei Ablehnung der Vollsozialisierung beitraten.

Wir müssen also konstatieren, daß nicht nur nichtsozialistische Gewerkschaftler, sondern auch rechtssozialistische Vertreter nicht für eine wirkliche Sozialisierung des Bergbaues eintreten. Und diese Stellungnahme ist nur ein Symptom für die Unzuverlässigkeit der rechtssozialisti-

Ungeheures Defizit im Reichsetat

67 Milliarden Fehlbetrag

Das Milliardendefizit im Reichsetat wächst unablässig an. In der Sitzung des Reichsrats vom Donnerstag nahm vor Eintritt in die Etatsberatung Ministerialdirektor Sachs das Wort zu Ausführungen über die Finanzlage. Er mußte zugeben, daß die Behauptungen, die an dieser Stelle immer ausgesprochen worden sind, daß die Einnahmen aus den neuen Steuern zu hoch veranschlagt wurden, berechtigt sind. Seine Darlegungen machten einen geradezu niederschmetternden Eindruck, weil in der Regierung bisher niemand weiß, wie dem ungeheuren Defizit abgeholfen werden kann. Die Gesamtausgaben für das Rechnungsjahr betragen 91,5 Milliarden. Hiervon sind ungedeckt 49 Milliarden. Dazu kommt ein Fehlbetrag der Postverwaltung von 2 Milliarden, der Eisenbahn von 16 Milliarden. Hiernach beträgt der Gesamtfehlbetrag 67 Milliarden Mark. Der Reichsrat nahm folgende vorgeschlagene Entschließung an:

„Der dem Reichsrat vorgelegte Reichshaushaltsentwurf für 1920 weist eine Gesamtausgabe von 79,5 Milliarden Mark gegen 3,4 Milliarden Mark im Jahre 1914 auf. Die Ausgabe vermehrt sich, wie erst jetzt feststellen möglich gewesen ist, durch Steigerung der laufenden Auswendungen zur Unterhaltung des Besatzungsheeres in den Rheinlanden von dem an sich schon hohen Etatjahre von 2 auf die ungeheuerliche Summe von 15 Milliarden Mark, auf 21,5 Milliarden Mark. Ungedeckt sind hiervon 49,7 Milliarden Mark. Hierzu tritt ein weiterer Fehlbetrag bei Eisenbahn- und Postverwaltung von zusammen 18 Milliarden Mark. Der Gesamtfehlbetrag beträgt somit 67,7 Milliarden Mark.“

Die Finanzlage ist hierdurch so ernst, daß das Gebot strengster und rücksichtslosster Einschränkung der Ausgaben nicht aufs neue betont zu werden braucht. Die dem Reichsrat durch eine scharfe Kappräsentation der Haushaltsentwürfe Setzung zu verschaffen, ist der Reichsrat stets beehrt gewesen. Gegenüber einem auf so breiter Grundlage aufgebauten Haushalt sind auf diese Weise zwar ersprießliche Minderungen zu erzielen, eine Zurückführung der Ausgaben auf ein mit der Finanzkraft des Reiches noch vereinbartes Maß ist aber durch Kürzungen allein nicht zu erreichen. Der Eingriff muß schon bei der Aufstellung des Haushaltsplans geschehen und darf heute selbst

vor anerkannten Notwendigkeiten nicht mehr Halt machen.

Die Partei gerade in den entscheidenden Fragen der proletarischen Politik. Es ist bezeichnend, daß in den Erörterungen über den Parteitag in Kassel die Frage des Sozialismus in den Hintergrund tritt gegenüber der Propaganda für eine halbkapitalistische, halbsozialistische „Planwirtschaft“, die in Wirklichkeit nichts ist als eine Illusion. Ihre Befürworter bilden sich ein, den Kapitalismus bändigen zu können, indem sie ihn mit den Zwirnsfäden ihrer Berordnungen und Vorschriften umwickeln. Sie bilden sich ein, die kapitalistischen Preis- und Produktionsgesetze aus der Welt schaffen zu können, indem sie Kapitalisten und Arbeiter um einen grünen Tisch versammeln, wo sie „gemeinsame“ Wirtschaftspolitik treiben sollen. Gemeinsame Wirtschaftspolitik zwischen Kapital und Arbeit, während jedes Blatt der Geschichte des Kapitalismus beweist, daß Kapital und Lohnarbeit unüberwindliche Gegensätze sind, daß die Arbeit nur befreit, die Profitwirtschaft zu einer planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft nur dann umgestaltet werden kann, wenn der Kapitalismus überwunden wird! Den Kampf um eine unmögliche Planwirtschaft, anstatt um wirkliche Sozialisierung zu führen, heißt den Sozialismus aufgeben, heißt an Stelle des Prinzips des Klassenkampfes die bürgerliche Idee der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit setzen, heißt von Marx auf Bastiat-Schulze zurückfallen! Und damit wird sich der rechtssozialistische Parteitag zu beschäftigen haben, in dem Augenblick, in dem es den Kampf gilt, die Anfänge des Sozialismus für den wichtigsten Produktionszweig zu verwirklichen!

Es bedeutet aber auch keine Förderung dieses Kampfes, wenn auf der anderen Seite eingewandt wird, daß die Sozialisierung des Bergbaues noch nicht die Verwirklichung des Sozialismus selbst sei. Wir alle wissen, daß der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nur erfolgen kann nach Eroberung der politischen Macht. Aber das schließt nicht aus, daß die Sozialisierung der entscheidenden Produktionszweige einen bedeutenden Fortschritt und eine große Machterweiterung der Arbeiterklasse in sich schließt. Zugleich kann es auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Entscheidung über den Bergbau nur fallen kann in einem großen und hartnäckigen Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Niemand kann von einer parlamentarischen Entscheidung die Lösung erwarten. Die gesamte politische und ökonomische

Die finanzielle und damit die politische Zukunft des Reiches steht auf dem Spiel. Es soll nicht verkannt werden, daß das Reichsfinanzministerium bestritt gewesen ist, zu seinem Teile Einschränkungen herbeizuführen. Gegenüber dem Drängen der Ressorts nach Erweiterung ihres Wirkungskreises und nach Uebernahme neuer Aufgaben müssen ihm jedoch verstärkte Handhaben gegeben werden, um erfolgreich durchzugreifen. Je mehr zudem die Gestaltung des Haushalts von den in ihrem Ausmaß ungeheuren, aus den Bestimmungen des Friedensvertrages herbeigeführten Forderungen unserer Vertragsgegner abhängig ist, um so zwingender erhebt sich die Notwendigkeit, auf allen anderen Gebieten die harte Minderung der Ausgaben einzutreten zu lassen, die für ein verarmtes Staatswesen unerlässlich ist. Dazu bedarf es eines wirksamen Einflusses des Reichsfinanzministers auf die Gestaltung derjenigen Ausgaben, deren Vermehrung in unserer Hand liegt.

Der Reichsrat begrüßt daher das im Reichskabinett hervorgetretene Bestreben, die Vollmachten der Finanzverwaltung zu erweitern, aufs lebhafteste. Nur wenn ihr Gebot befolgt werden muß, wenn sie in die Lage verkehrt wird, das Maß der Ausgaben in unanfechtbarer Strenge mit den verfügbaren Mitteln im Einklang zu halten, und wenn ohne ihre Mitwirkung und Zustimmung neue Ausgaben nicht übernommen werden dürfen, ist eine Finanzengbarung möglich, wie sie die Lage der Reichsfinanzen zur unabwendbaren Pflicht macht.

An die Reichsregierung richtet der Reichsrat daher die Bitte, ihre Entschlüsse so zu gestalten, daß das Ziel, den Finanzminister mit den zur Durchführung strengster Sparmaßnahmen bei den Reichsausgaben unentbehrlichen Machtbefugnissen auszustatten, erreicht wird.“

Reichsfinanzminister Wirth gab für die Reichsregierung die Erklärung ab, daß grundsätzlich über die in der Resolution vorgebrachten Wünsche im Reichskabinett bereits eine Einigung erzielt sei. Er hoffe, daß in wenigen Tagen die Formulierung dieser grundsätzlichen Stellungnahme des Kabinetts bereits erfolgen werde.

Diese Resolution, ebenso wie die Erklärung des Reichsfinanzministers Wirth ist ein Zeichen völliger Hilflosigkeit. Das Finanzelend des Reiches kann mit den bisherigen Mitteln nicht gelöst werden. Wir behalten uns eine eingehende kritische Stellungnahme des Reichsetats und die Darlegung unseres Standpunktes für die nächsten Tage vor.

Macht der Arbeiterklasse wird zusammengefaßt und in dem Kampf geworfen werden müssen. Ist dies dann nicht ein Kampf um die politische Macht und kann jemand glauben, daß auf andere Weise der Kampf um die politische Macht geführt werden kann? Meint man wirklich, mit Formeln, die das Proletariat spalten, oder mit Parolen, die nur bei einem Teil der Arbeiterklasse Anklang finden, eines schönen Tages den Zeitpunkt für den Endkampf dekretieren zu können? Der Kampf um die Macht kann nur so geführt werden, daß er das ganze Proletariat in der Einheit der Aktion zusammenschweift. Und das kann wieder nur geschehen durch Kampfpärole und Kampfbefehle, die dem ganzen Proletariat verständlich sind, weil sie aus seinem Klasseninteresse mit Notwendigkeit sich ergeben.

Der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues entspricht diesen Bedingungen. Es handelt sich um kein Interesse der Bergarbeiter allein, sondern um ein Interesse des gesamten Proletariats. Es handelt sich um eine wirkliche sozialistische Parole, und es handelt sich um einen Kampf, in dem der Sieg eine entscheidende Machterweiterung des Proletariats mit sich bringt. Deshalb halten wir die Führung dieses Kampfes für eine Pflicht der deutschen Arbeiterklasse und wir verlangen von allen Arbeiterorganisationen, daß sie diese Pflicht mit aller Kraft erfüllen.

Noch stehen wir im Vorstadium des Kampfes, noch ist es Zeit. Soll aber der Kampf gewonnen werden, dann darf nicht länger gezögert werden, in einer umfassenden Agitation die Arbeiterchaft vorzubereiten, damit sie in der kritischen Phase gerüstet sei, auf den Plan zu treten.

General De Rond kehrt doch nach Schlessen zurück. General De Rond wird nach seiner Beiprobenen in Paris nach Schlessen zurückkehren, um seinen Pöken als Chef der internationalen Militärkommission wieder anzutreten.

Erhöhung des Brotpreises in England. Die Londoner Blätter berichten, daß der Brotpreis eine starke Erhöhung erfahren wird. Die Ursache dieser Erhöhung ist in dem Wiederaufbruch der Regierung zu suchen, bis zum Beginn des neuen Finanzjahres, d. h. bis zum 1. April 1921, den Beitrag des Staates zum Brotbesatz aufzuheben. Dieser staatliche Beitrag belief sich auf jährlich fünfundsiebzig Millionen Pfund Sterling.

Krieg dem Zeitungskapital!

Solidarität der Arbeiter- und Angestelltenchaft

Die Angestellten im Zeitungsgewerbe führen einen bedenklichen Kampf gegen das Zeitungskapital. Die Bewegung hat sich bereits zur Ausbreitung gesteigert und die Zahl der beteiligten Angestellten wächst mit jedem Tage. Einige Zeitungen, die bisher noch erschienen sind, werden ebenfalls ihre Erscheinen einstellen. So z. B. die „Deutsche Zeitung“. Die Zeitungsvorleger sind durch die Aussperrung der Unternehmer-Organisation zur Solidarität aufgerufen worden, und sie folgen der Parole.

Es handelt sich um eine Bewegung, die das Interesse der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft verdient, denn sie kann von entscheidender Bedeutung werden für zahlreiche kommende Gewerkschaftskämpfe. Schon in den ersten Anfängen des Lohnkonflikts wiesen wir darauf hin, daß hier der erste Versuch des organisierten Unternehmertums vorliegt, den Lohnabbau durchzusetzen. Die Unternehmer haben es sich leicht vor gestellt. Dadurch aber, daß sie schweres Geschütz gegen die um die dringende Aufbesserung ihrer Lebenshaltung kämpfenden Angestellten aufbrachten, zeigen sie, wie ernst es ihnen mit ihrem Beginnen ist. Hier soll Breisole gelegt werden. Es war längst voranzuziehen, daß das Unternehmertum die erste Gelegenheit für diesen Zweck benutzen wird.

Die Arbeiter- und Angestelltenchaft aber muß diese Gelegenheit nicht ungenutzt lassen, muß dem elendigen Vorgehen der Unternehmer — hinter den Zeitungsvorlegern steht das gesamte organisierte Kapital — den härtesten solidarischen Widerstand der Arbeiterklasse entgegenstellen. Wir fordern die gesamte Berliner Arbeiterchaft auf, ihr Augenmerk scharf auf die Zeitungsbetriebe zu richten, jede Streikarbeit unter allen Umständen abzulehnen und überall in Versammlungen und Zusammenkünften, ganz gleich welcher Art, dem Unternehmertum deutlich zu zeigen, daß es hier nicht allein die Zeitungsangestellten sind, mit denen das Scharfmachertum es zu tun hat.

Mit diesem Vorgehen verfolgt die Berliner Arbeiter- und Angestelltenchaft eine Parole des Betriebsräte-Kongresses, über dessen Solidaritätskundgebung für die kämpfenden Zeitungsangestellten wir schon in der heutigen Morgenausgabe berichteten. Der Betriebsräte-Kongreß faßte folgenden Beschluß:

„Am Mittwoch abend haben die Unternehmer den Buchdruckern das Ansehen gestellt, ihre Solidaritätserklärung für die streikenden Angestellten zurückzunehmen. Dieses Ansehen ist rühmend abgelehnt worden. Daraufhin sind die Belegschaften entlassen worden und damit ist ein Kampf entbrannt, der große wirtschaftliche und politische Folgen haben kann. Die Arbeiterchaft ganz Deutschlands muß den Arbeitern der Zeitungs- und Buchdruckerei ihre Solidarität beweisen. Die Lebenshaltung der Arbeiterchaft darf nicht weiter herabgedrückt werden. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Sache im Zeitungsgewerbe die Sache der Arbeiterchaft ganz Deutschlands ist.“

Der Beschluß sagt fast wörtlich das, was wir schon in der Morgenausgabe vom Donnerstag in unserem Artikel über den Kampf betonten. Der Betriebsrätekongreß aber sprach im Namen der Arbeiterchaft Deutschlands und das sollte den Unternehmern eine Warnung sein.

Wie wir erfahren, trägt sich das Unternehmertum mit dem Plan einer weiteren Ausdehnung ihres Angriffes auf die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten. Es ist ihre Absicht, eine Aussperrung im gesamten Buchdruckgewerbe herbeizuführen. Die Reichsregierung verweigert bereits, wenn auch einstweilen hinter verschlossenen Türen. Sie scheint sich noch nicht klar darüber zu sein, zu wessen Gunsten sie ihre Vermittlung zu führen hat, sie scheint es noch nicht zu wagen, mit jener offenen Art gegen die Brutalität des Unternehmertums und gegen die Unterbindung der Produktion durch Aussperrungen einzuschreiten, die sie gegen Arbeit aufzubringen pflegt. Was sie zur Vermittlung treibt, ist lediglich die Befürchtung, daß sich die Arbeiter und Angestellten der Reichsdruckerei solidarisch erklären könnten. Wir denken nicht daran, Forderungen irgendwelcher Art an diese Regierung zu richten. Dafür aber wiederholen wir noch einmal mit Nachdruck unsere Aufforderung an die Arbeiter- und Angestelltenchaft zur Solidarität.

Der Stand der Bewegung

Im Laufe des heutigen Tages haben die bestreikten und ausgesperrten Betriebe fast beständige Betriebsversammlungen abgehalten. In allen Versammlungen herrscht große Empörung unter den Ausgesperrten über das Verhalten der Zeitungsgewaltigen.

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums findet heute nachmittag eine gemeinsame Aussprache der Arbeiter- und Arbeitnehmerorganisationen statt. Positive Beschlüsse werden nicht gefaßt werden können, die Aussprache ist als bloßer Meinungsaustausch zu werten. Der Kampf wird auf der ganzen Linie fortgesetzt.

Wie weiter gemeldet wird, wird sich der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer heute nachmittag mit der Frage beschäftigen, ob er dem von der Streikleitung angestrebten Beschluß, das gesamte technische Personal der Zeitungs- und Zeitungsdruckereien herauszusuchen, beistimmen soll oder nicht. Grundsätzlich ist man in den Kreisen der Buchdrucker der Ansicht, daß das Mittel der restlosen Stilllegung der Betriebe erst dann in Anwendung gebracht werden soll, wenn die jetzt angeführten Verhandlungen keinen Erfolg zeitigen sollten. Die Vertreter der Buchdrucker werden bei den Verhandlungen im Ministerium neue Vorschläge unterbreiten.

Das kriegerische Polen

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Wilna, 7. Oktober.

Die polnische Offensivde gegen die bolschewistischen Armeen ist nach russischen Meldungen ins Stocken geraten. Der Umgebungsvorstoß ist mißlungen. Die Gegend der Bahn von Wilna nach Wolodetschno ist bereits frei von polnischen Truppen. Dagegen scheinen die Polen größere Streitkräfte gegen die Litauer zu sammeln. Die Stadt Orani ist nach dem ersten mißglückten Vorstoß nunmehr von ihnen besetzt. Sie haben keine der in Suwalki getroffenen Abmachungen innegehalten und operieren auch weiterhin der Nemel weiter gegen die Litauer. Die Verhandlungen stellen deshalb eine Farce dar. Die Litauer hoffen immer wieder auf den Völkerbund. Wie wenig die Polen aber die Absicht haben, sich um die Entscheidung des Völkerbundes zu kümmern, geht daraus hervor, daß sie den italienischen Vertreter in Wilna, der auf ausdrücklichen Befehl seiner Regierung nach Suwalki abreiste, in der unhöflichsten Weise empfangen und ihm alle möglichen Schwierigkeiten bereitet haben.

Die Litauer haben in den Verhandlungen für das Gebiet westlich der Nemel als Demarkationslinie die Linie vom 8. Dezember vorgeschlagen, die die Polen ursprünglich selbst gefordert hatten, die sie jetzt aber schon weit überschritten haben. Für das Gebiet östlich der Nemel schlagen die Litauer eine Linie von

Marginkauze östlich nach Postunai und Stepenjoch bis nach Dschimiana vor. Auch diese Linie ist von den Polen bereits weit überschritten. Die Polen zögern mit ihrer Antwort und lassen inzwischen ihre Operationen fort. Beim Angriff auf den Bahnhof Orani ist ein litauischer Panzerzug in die Hände der Polen gefallen. Er konnte nicht rechtzeitig zurückgezogen werden, weil die polnischen Banden, die sich im Lande umhertreiben, die Schienen zerstört hatten. Diese Banden bestehen aus vor den Bolschewisten in die Wälder geflüchteten polnischen Einwohnern, die als Freischärler einen Bandenkrieg gegen die Litauer führen. In Wilna herrscht sich steigende Nervosität. Die Gerüchte von einem bevorstehenden Polenaufstand wollen nicht verstummen. Doch dürfte dieser Versuch sich kaum eher vollziehen, als bis die polnischen Truppen offen den Vormarsch gegen Wilna angetreten haben.

Die Bedingungen Sowjetrußlands

U. Warschau, 8. Oktober.

Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ erzählt aus Riga, daß nach dort eingetroffenen Nachrichten die Bolschewisten endgültig folgende Bedingungen zum Abschluß des Fortriedens gestellt haben: 1. Anerkennung der Unabhängigkeit Weißrußlands, Litauens und der Ukraine. 2. Volksabstimmung in Ostgalizien. 3. Als Grenze zwischen Rußland und Polen bleibt die Curzon-Linie, jedoch mit gewissen Korrekturen zugunsten Polens. In offiziellen politischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Polen diese Bedingungen annehmen werden.

England für Genf

Paris, 7. Oktober.

Nach einer Privatmeldung des „Journal des Debats“ aus London versichere man dort, die englische Regierung habe dieser Tage aufs neue in dringender Weise bei der französischen Regierung Vorstellungen erhoben, damit die Konferenz von Genf, deren Verlagerung Millerand verlangt habe, festgesetzt werde. Die Anwesenheit des belgischen Ministerpräsidenten Delacroix in London stehe mit dieser Frage im Zusammenhang, und es sei, wie der Korrespondent mitteilt, nicht unmöglich, daß eine Formel gefunden werde, die es gestatte, die französischen und englischen Interessen miteinander in Einklang zu bringen.

Zulassung Deutschlands zum Völkerbund

U. London, 8. Oktober.

Ein Organ der Koalitionsliberalen veröffentlicht eine wichtige politische Erklärung Lloyd Georges. Darin spricht er sich für die Einführung der Homersie für Irland auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Kolonien aus. Weiter sagt er, daß solange die Vereinigten Staaten und Deutschland außerhalb des Völkerbundes bleiben, der Bund niemals ein zweckmäßiges Instrument werden könne, da er jetzt lediglich ein Bund der Alliierten sei. Lloyd George sprach sich weiter gegen die Rationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen aus.

Urwahl nach Moskauer Muster

Ein Beispiel und eine Warnung

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Hamburg, 8. Oktober.

In Hamburg fanden gestern die Urwahlen für den Parteitag statt. Die Organisationsleitung, die ganz in den Händen der Neu-Kommunisten liegt, hat die Urwahlen zu einer Farce gemacht. Nachdem es den Gegnern der Bedingungen schon in den Versammlungen nicht möglich war, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, hat auch die von Wilhelm Herzog geleitete Hamburger „Volkszeitung“ sich grundsätzlich geweigert, irgendwelche Zuschriften aus den Kreisen der Parteigenossen, die gegen die Bedingungen sind, aufzunehmen. Sie brachte nur befürwortende Artikel. Auch über die Stellung der Organisationen im Reich wurde in der einseitigsten Weise berichtet. Dergleichen über die bisherigen Urwahlen. Die für die Befürworter ungünstigen Ergebnisse wurden einfach verschwiegen, während die ihnen günstigen Resultate in marktschreierischer Aufmachung in die Welt posant wurden.

Das tollste Stück waren aber die Urwahlen selbst. Die Redaktion verweigerte den Gegnern der Bedingungen die Aufnahme ihres Wahlvorschlages. Die Genossen wollten darauf in dem Parteiorgan, an dessen Aufbau gerade sie den herbeizugewandten Anteil hatten, durch ein Inserat ihre Liste bekanntgeben. Aber auch das wurde verweigert. Unsere Genossen sahen sich daraufhin gezwungen, das „Hamburger Echo“ als Interaktionsorgan zu benutzen, um wenigstens eine Möglichkeit zu haben, zu der Parteimitgliedschaft zu sprechen. Auch durch Plakate traten die Gegner der Bedingungen an die Öffentlichkeit. Aber bei den Urwahlen wurden sie einfach mundtot gemacht. Die Wahlbureau waren nur von Anhängern der Bedingungen besetzt. Listen wurden überhaupt nicht gefaßt; auch die Mitgliedsbücher wurden nicht abgehempelt. Es konnte von den Befürwortern jeder wählen, so oft er wollte.

Trotz des ungeheuren Terrors, der in der Geschichte der westeuropäischen Arbeiterbewegung ohne Beispiel ist, war es unseren Genossen möglich, eine sattdliche Zahl Stimmen gegen die Bedingungen aufzubringen. Da nur die Liste Herzog zugelassen war, strichen die Gegner der Bedingungen die Liste Herzog durch und schrieben nebenan: für die Liste Bergmann. All diese Stimmzettel werden jetzt von den Hamburger Diktatoren für ungültig erklärt. Das ist ein bemerkenswerter Beitrag dafür, wie sich in Zukunft das Parteileben gestalten würde, wenn die Neukommunisten in der Arbeiterbewegung das führende Wort sprechen könnten. Was von den Gegnern der Moskauer Bedingungen immer wieder ins Feld geführt wurde, das ist in Hamburg bereits durch ein lebendiges Beispiel in die Tat umgesetzt worden. Eine anmaßende Parteiführung gibt die Direktiven aus. Diejenigen Mitglieder, die eine eigene Meinung haben und gegen den Führerling opponieren, werden einfach mundtot gemacht oder an die Wand gequast. Die deutsche Arbeiterchaft, die reich genug ist, sich eine selbständige Meinung zu bilden, wird mit diesen Methoden, die uns jetzt als neue Heilslehre gepredigt werden, kneller fertig werden als es sich die kleinen Diktatoren, die sich schon zu Größerem berufen glauben, in ihrer unbeschränkten Einfaß anmaßen.

Bei der Auszählung der Stimmen haben die kleinen Diktatoren bereits gesehen, daß ihr Wahlsammel keine Begrenzung findet. Mindestens ein Drittel der Stimmen war gegen Herzog, für die Liste Bergmann.

Parteitag der Kommunisten

Die Zentrale der K. P. D. (Sektion der Kommunistischen Internationale) beruft zu Dienstag, den 2. November, einen Parteitag nach Berlin ein. Die Tagesordnung lautet:

1. Die politische Lage. Referent Thalheimer.
2. Bericht vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referent Dr. Levi.

3. Betriebsräte und politische Arbeiterräte. Referent Brandler.

4. Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten. Referent Lange.

Auch diese Tagesordnung läßt keinen Zweifel, daß die K. P. D. nicht an eine Verschmelzung mit dem Teil der U. S. P. denkt, der die 21 Bedingungen anerkennt, sondern nur an einen vorbehaltlosen Anschluß dieser Teile, ohne daß sie die Möglichkeit haben, auf die politische Haltung oder Leitung der Partei irgend welchen Einfluß zu nehmen. Wahlen der Parteileitung stehen ja auch nicht einmal auf der Tagesordnung!

Die Befugnisse der Preßkommission

Der Genosse Wilhelm Schünning ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung:

Als Mitglied der Revisionskommission erkläre ich, daß die Darstellung des Genossen Alfred Berger sowohl als die der Genossin Bed über die Rechte der Preßkommission, vollständig den Tatsachen entsprechen, und daß die Revisionskommission einmütig die Auffassung vertritt, daß bei einer Differenz, die eine andere Zusammensetzung der Redaktion zum Ziele hat, Preßkommission, Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam mit einfacher Stimmenmehrheit entscheiden. Diese einmütige Auffassung der Revisionskommission hat dann der Genosse Stolt der Generalversammlung unterbreitet und diese dann demgemäß beschloffen.

Berlin, den 8. Oktober 1920. Wilh. Schünning.

Der Versuch, die Parteigenossen über den Inhalt des Beschlusses der Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ über die Befugnisse der Preßkommission irrezuführen, kann demnach wohl endgültig als gescheitert angesehen werden.

Wie Genosse Ernst Wenzel, ebenfalls Mitglied der Revisionskommission uns mitteilt, schließt er sich der Erklärung der Genossen Berger, Bed, Schünning und Wittichuß vollinhaltlich an.

Achtung!

Gemeinsame Sitzung des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und der Preßkommission.

Die Sitzung findet statt in den Geschäftsräumen der „Freiheit“, Breite Straße 8/9, am Sonnabend, den 9. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Die Urwahlen im Reich

Leitow-Weeskow

Beste Resultate der Urwahl:

	für	gegen	für	gegen	
Buffow	8	27	Jessen	10	62
Neu-Golin	3	4			

Bis jetzt insgesamt abgegeben 7818 Stimmen für, — 7597 Stimmen gegen die Bedingungen. Die Orte Altharimannsdorf, Cadow, Dalbe, Petersdorf, Pessenford, Pieskon, Reichenwalde haben kein Wahlergebnis gemeldet.

Halle

Bei der Urwahl am Donnerstag wurden abgegeben 5948 für, 1044 gegen die Bedingungen.

Schleswig-Holstein

Es erhielten bei der Urwahl die Anhänger der Bedingungen 4007, die Gegner 2789 Stimmen.

Mittweida-Burgstädt

Gegen die Bedingungen wurden 157, dafür 44 Stimmen abgegeben. Einige kleinere Ortsgruppen stehen noch aus.

Eibing

Von den 4095 Mitgliedern beteiligten sich 1167 an der Urwahl. Gegen die Bedingungen stimmten 600, für die Bedingungen 561. Gewählt ist danach 1 Gegner und 1 Anhänger der Bedingungen.

Aus dem Preußenparlament

Schuldeputation — Wahlgesetz

Die preussische Landesversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung sich mit einem Gesetz über die Zusammensetzung der Schuldeputationen beschäftigt. Dieses Gesetz liegt dem Preußenparlament seit 1 1/2 Jahr vor. Das Zentrum machte alle Anstrengungen, den Gesetzesentwurf zu sabotieren. Es zog die Beratungen in der Kommission endlos in die Länge und erreichte, daß erst vom Reich ein Gutachten erstattet wurde, daß sich gegen die Bestimmung wendete, wonach die Geistlichen nur dann Mitglieder der Schuldeputationen sein könnten, wenn sie als Mitglied wie jeder Andere gewählt werden. Das poshte dem Zentrum nicht, das trotz der in der Versammlung festgelegten Trennung von Staat und Kirche, daran festhielt, daß der Geistliche ohne weiteres als Vertreter der Kirche Mitglied der Schuldeputation sei. Gegen diese reaktionäre Bestimmung wandten sich unsere Genossen in der Kommission wie in der gestrigen Plenarsitzung, sie wurde aber beschloffen.

Beschloffen wurde auch, daß der Vorsitzende der Schuldeputation von der Aufsichtsbühre ernannt werden soll, der Bürgermeister soll aber jederzeit die Leitung übernehmen können.

Genosse Richter vertrat die Auffassung unserer Partei zu diesem Gesetz, das gegen die Stimmen der Unabhängigen zur Annahme gelangte.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Rechtsparteien und dem Minister Severing gab das der Landesversammlung vorstehende Wahlgesetz für den Landtag Anlaß. Die Abgeordneten Rippel (Deutschnational) und von Richter (Deutsche Volkspartei) richteten die ganze Wacht ihrer Angriffe gegen den Minister des Innern, Herrn Severing. Die Redner warfen der Regierung vor, daß sie sich an ihre Macht mit allen Mitteln klammere. Schon längst hätten die Neuwahlen in Preußen stattfinden müssen, damit das Reich und Preußen „homogen“ seien. Severing hielt eine kräftige Abrechnung mit seinen Widersachern, wobei er von seinem Parteifreund Heilmann unterstützt wurde. Ugh. Rudwig (U. S. P.) erklärte, schade, daß Herr v. Richter seine heutige Rede nicht vor drei Jahren gehalten hat. Jetzt ist Ihr Vorgehen nicht ganz ehrlich. Sie wollen doch nur mit Hilfe der „Demokratie“ Ihre alte Macht wieder herstellen. Eine gewisse Verschleppung in der Einbringung des Wahlgesetzes von Seiten der Regierung kann nicht gelugnet werden. Mit den Einzelparlamenten sollte überhaupt abgebaut werden, sie sind überflüssig. Der Redner empfahl einen Antrag Adolph Hoffmann, die Landesversammlung solle sich für aufgelöst erklären und die Regierung ersuchen, sofort Neuwahlen auszusprechen.

Die Vorlage geht mit den Anträgen an einen besonderen Ausschuß von 29 Mitgliedern, dem auch der Wahlrechtsgeheimrat für die Provinziallandtage und Kreistage überwiesen wird. Dienstag, 19. Oktober, 2 Uhr: Kleine Anfragen, Bergregalgesetz. Freit. Grob Anfrage betr. die Bestätigung des Oberstaatssekretärs Dr. ...

Erster Betriebsräte-Kongress Deutschlands

Freigewerkschaftliche Organisation der Betriebsräte

Referat Körpel: Durch den ersten deutschen Betriebsrätekongress sieht sich ein toter Faden das Bestehen, endlich zu einer geeinten und geschlossenen Kampffront des Proletariats zu kommen. Es kam dies in den Referaten Wisell-Hilferding und Dörmann, wie auch in der bereits stattgefundenen Diskussion sehr deutlich zum Ausdruck. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln die Arbeiter der Betriebsräte unmöglich zu machen. Wir legen Ihnen deshalb die Resolution 1 vor, in der die Gewerkschaften angefordert werden, sofort eine Novelle zum Betriebsrätegesetz auszuarbeiten, in welcher die Geschäftsführung des Betriebsrats, das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen sowie bei Betriebsänderungen und Stilllegungen gesichert wird. Diese Novelle ist der Regierung, dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat zu übermitteln. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften müssen durch die Betriebsräte über die getroffenen Maßnahmen aufgeklärt werden, und es sind alle Schritte zu unternehmen, um die Gesetzgebung der Novelle durchzuführen.

Die Resolution 2, die wir dem Kongress vorlegen, beschäftigt sich mit der im Paragraph 72 des Betriebsrätegesetzes vorgesehenen Betriebsbilanz-Geschäfts-Vorlage, die den maßgebenden Körperschaften im Entwurf bereits zugegangen ist. Durch dieses Gesetz sollen die Unternehmer gezwungen werden, den Betriebsräten eine Betriebsbilanz- und Betriebs-Gewinn- und -Verlustrechnung vorzulegen.

Die Resolution 3 befaßt sich mit dem nach Paragraph 70 des Betriebsrätegesetzes zu erläßenden Gesetz über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Ausschuss. Körpel erhebt eine Einwendung dieser Resolution. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bemängelt der Redner, daß in der Betriebsräte-Zeitschrift des A. D. G. B. ein Artikel von Walter Rathenau aufgenommen worden ist. Er würde es lieber sehen, wenn an Stelle solcher Leute Sozialisten zum Wort kommen würden. Der Redner geht dann ausführlich auf die bisher von der Betriebsräte-Zentrale des A. D. G. B. ausgeübten Tätigkeit ein. Bei Schaffung des Betriebsrätegesetzes hätten die Gewerkschaften sofort erkannt, daß die Betriebsräte nur gemeinsam mit den Gewerkschaften planmäßig arbeiten können. So wurden von uns zuerst die Richtlinien herausgegeben, dann gingen wir an die Erfassung der Betriebsräte, allerdings unter Ausschaltung derjenigen, die noch in den Harmonieverbänden organisiert sind. Wir von der Afa sind jetzt wiederum einen Schritt weitergegangen, wie Sie aus unserem Aufruf „Angestellte an die Front“, der in voriger Woche veröffentlicht worden ist, erfahren können. Wir haben darin unsere Angehörigen aufgefordert, sich über die im Betriebsrätegesetz vorgesehene Schweigepflicht über die Betriebsgeheimnisse hinwegzusetzen. Wie sehr wir auf dem rechten Wege sind, bestärkt uns ein Anruf der „Deutschen Tageszeitung“, der unsern Aufruf als eine schwere Gefahr für die kapitalistische Gesellschaft bezeichnet. Die schwere Gefahr für die kapitalistische Gesellschaft bezeichnete, wie ich Ihnen sagen, tun Sie alles für die Durchführung der Kontrolle der Produktion. Nur dann werden wir uns unserm Ziele nähern. (Beifall.)

Der nächste Referent Brolat erklärt, daß durch die vortrefflichen Ausführungen seiner Korreferenten ihm eigentlich nichts zu sagen übrig bleibe, was in Anbetracht der zur Verfügung stehenden knappen Zeit kein Schade sei. Er gibt dann einen kurzen Überblick über den organisatorischen Aufbau der Betriebsräte-Organisation, die, wenn sie aktionsfähig sein soll, nicht von den Gewerkschaften losgerissen werden dürfe. Innerhalb der Gewerkschaften können sie ein selbständiges Glied bilden.

Korreferent Brandler: Werte Anwesende! Ich werde versuchen, mich mit den gemachten Vorschlägen kritisch auseinanderzusetzen, um dann im zweiten Teil meiner Ausführungen die Vorschläge der Opposition näher zu begründen. Mit Dörmann bin ich damit einverstanden, daß wir uns ernstlich auseinandersehen sollen. Wir wären weitergekommen, wenn wir uns gleich zu Beginn der Tagesordnung über alle Probleme ausführlich ausgesprochen hätten. Zur Frage der Sozialisierung der Betriebskontrolle usw. hätten wir sehr viel zu sagen gehabt. Ich bin mit Dörmann weiter darüber einverstanden, daß wir keinen formalen Streit treiben. Auch damit bin ich einverstanden, daß man sein Handwerk verstehen muß, wenn man es darin zu etwas bringen will, was trifft besonders in der Politik zu. Auch darin bin ich mit Dörmann einer Meinung, daß wir mit dem blassen Bonzen-Gesicht aufhören und die neun Millionen Gewerkschaftler planmäßig bearbeiten. Dörmann hat aber versäumt, über die konkreten Aufgaben der Betriebsräte positive Vorschläge zu machen. Wir weisen den Betriebsräten die Aufgaben zu, im Produktionsprozeß die Arbeiter aus Objekten zu Subjekten zu machen. Wenn Körpel und Dörmann glauben, durch Einbringung einer Novelle zum Betriebsrätegesetz etwas Positives zu leisten, so möchte ich dem widersprechen. Ich halte es auch für falsch, daß nur die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte erfasst werden sollen. Ich stelle fest, daß in den freien Gewerkschaften sich alle bürgerlichen Schichten bis zu den Deutschnationalen versammelt haben. (Gelächter.) In den Auffassungen der Wortführer dieses Kongresses trennt uns eine ganze Weltanschauung. Die Wortführer dieses Kongresses sind der Meinung, mit Mitteln des legalen Kampfes aus dem Kampfboden des wirtschaftlichen Zusammenbruchs herauszukommen. Wir, die wir auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, lehnen es ab, mit alten Kampfmethoden neue Ziele erreichen zu wollen. Wir sind der Meinung, daß diese Auffassung der Wortführer von den historischen Tatsachen der ökonomischen und wirtschaftlichen Verhältnisse überholt worden sind. Wir sind nicht mehr in dem Kampf um die Existenzbedingungen des Proletariats der Vorkriegszeit befangen.

Der Redner geht dann in ausführlicher Weise auf die Entwicklung der Gewerkschaften wie der proletarischen Bewegung vor, während und nach dem Kriege ein. Er legt dann weiter: Die Begleiterscheinungen der Auseinandersetzungen innerhalb des Proletariats, die sich zum Teil in sehr persönlichen Formen bewegen, sind die notwendige Folge der Entwicklung, die wir alle mit in Kauf nehmen müssen. Es hat nur einen Zweck, sich zur Diktatur des Proletariats zu bekennen, ohne deren Bedeutung und die Formen der Diktatur klar zu erkennen. Mit den Kräften der alten Ordnung kann man keine neue Ordnung schaffen. Ihr Betriebsräte müßt Euch deshalb von der Furcht vor den Konsequenzen des Bürgerkrieges frei machen, denn ohne Bürgerkrieg, ohne das Wie zu klären, kann das Neue nicht ausgearbeitet werden. Es kommt auch nicht darauf an, sich in eine Polemik über das Einzelne einzulassen. Dagegen müssen wir uns über die nächsten Ziele klar werden und deshalb hat Ihnen die A. D. G. B. positive Vorschläge zur Annahme unterbreitet. Diese Vorschläge sollen sich auf die ökonomische Entwicklung, die Karl Marx in seinem „Kapital“ herausgefunden hat. Zum Beweise dafür, daß wir uns von der bürgerlichen Ideologie frei machen müssen, zitiert der Redner einen Brief des Professors Grube, in dem dieser erklärt, daß auf

Grund seiner wissenschaftlichen Erkenntnis das deutsche Wirtschaftsleben nur gefunden kann, wenn 14 Millionen Menschen aussterben. Vom Standpunkt der bürgerlichen Ideologie hat der Mann Recht, und wer nicht gewillt ist, die bürgerliche Gesellschaft zu stürzen, der muß sich damit einverstanden erklären, daß 14 Millionen Menschen aussterben, ehe wir zu einer Befreiung des Wirtschaftslebens kommen. Der Redner erhebt dann den Kongress, in das Arbeitslosen-Problem einzutreten und begründet im Anschluß daran die Anträge der A. D. G. B.-Fraktion. Er kommt zu dem Schluß, daß wir hier in den Kampf hineingehen, wenn wir die Vorschläge befolgen, die die Wortführer des Kongresses gemacht haben; kommen wir aber aus dem Sumpf der wirtschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse heraus, wenn wir die positiven Vorschläge der A. D. G. B. befolgen. (Lebhafter Beifall.)

Korreferent Richard Müller: Die wiederholt aufgestellte Behauptung, daß wir durch Schaffung selbständiger Betriebsräte-Organisationen die Gewerkschaften zerstückeln wollen, ist ein Unsinn. Wenn das jemand sagt, der die von uns herausgegebenen Richtlinien kennt, der spricht eine bewußte Verleumdung aus, vielleicht zu dem Zweck, unsere Bestrebungen zu hindern. Die Gewerkschaften können allein den Kampf zur Befreiung des Kapitalismus nicht führen. Diese Kämpfe können nur bestanden werden, wenn alle Arbeiter daran teilnehmen, ganz gleich, ob blau, gelb oder schwarz. Bei den bereits geführten Kämpfen, z. B. beim Rapp-Pusch, haben wir auch nicht danach gefragt, ob die Kämpfer freigewerkschaftlich organisiert waren. Bei der Zusammenfassung der Betriebsräte dürfen wir diese auch nicht fragen, ob sie blau, schwarz oder gelb organisiert sind. Ich erinnere daran, daß auch bei früheren Lohnkämpfen nicht danach gefragt worden ist. Ich betone aber, daß es sich nicht darum handelt, die gelben Organisationen und deren Führer aufzunehmen, die Schmeißer wir raus. Dagegen wollen wir alle Betriebsräte für den gemeinsamen Kampf gewinnen. In den zentralen Arbeitsgemeinschaften sehen die Gewerkschaftsführer mit den gelben Führern zusammen, aber von den gelben Arbeitern wollen sie nichts wissen.

Die Betriebsräte können ihre Aufgaben nicht erfüllen, wenn sie sich die Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa zu eigen machen. Nach den Grundrissen des Leipziger Aktionsprogramms der U. S. P. D. muß für die Betriebsräte eine selbständige Organisationsform gewählt werden. Die U. S. P.-Fraktion dieses Kongresses legt Ihnen aus diesem Grunde einen diesbezüglichen Antrag vor. Müller bekämpft dann den von Dörmann gestellten Antrag. In längerer Ausführungen beschäftigt sich Müller mit dem vom Vorstand des A. D. G. B. und der Afa herausgegebenen Richtlinien über die Gestaltung einer freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale. Diese Betriebsräte-Zentrale soll nur ein Werkzeug der Gewerkschaftsvorstände werden.

Müller bepricht dann ausführlich die Richtlinien der Betriebsräte-Zentrale des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin, die gemeinsam mit den Gewerkschaften als selbständige Betriebsorganisation arbeitet. Er sagt weiter, daß die Arbeiterklasse den spontanen Bestrebungen und der Unklarheit gewisser Kreise entgegenzutreten müsse. Die Ausrufung des „Berliner Tageblatts“ hat Körpel falsch verstanden und befragt das gerade Gegenteil von dem, was Körpel herausgefunden hat. Müller zitiert dann eine Ausrufung der Berliner „Vorkriegszeit“, die von den Beschlüssen des Kongresses positive Arbeit erwartet, Arbeit im kapitalistischen Sinne. Das darf nicht sein. Wir müssen die kapitalistische Gesellschaft beseitigen, um endlich aus diesem Jammerzustand herauszukommen. (Beifall.)

Damit tritt um 2 Uhr 45 Minuten die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Nach der Mittagspause wird die Sitzung durch den Vorsitzenden Müller eröffnet. Kaenen-Riesenburg beantragt zur Geschäftsordnung, daß die Geschäftsführung so eingerichtet wird, daß erst am Freitag weitergetagt wird. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit hat der Kongress beschlossen, die Tagung am Donnerstag zu beenden.

Bessler stellt den Geschäftsordnungsentwurf, in der Debatte immer ein Redner für, einer gegen die selbständige Betriebsratsorganisation spricht. Der Kongress beschließt demgemäß. Desgleichen wird ein Antrag angenommen, daß ein Referent und ein Korreferent das Schlusswort bekommen.

Der anwesende russische Gewerkschaftsvertreter Lajowski hat um Erteilung des Wortes außerhalb des Rahmens der Geschäftsordnung gebeten. Der Vorsitzende befragt den Kongress, ob er damit einverstanden ist. Da die Abstimmung zweifelhaft ist, müssen die Stimmen ausgezählt werden. Die Auszählung ergibt 488 Stimmen für, 354 gegen die Anhörung Lajowskis.

Lajowski bedankt sich eingangs für die vom Kongress angenommene Resolution für Sowjetrußland. Er geht dann auf die Entstehung und das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte in Rußland ein. Die Betriebsräte seien in Rußland geschaffen worden, weil keine Gewerkschaften vorhanden waren.

Der Redner schildert dann eingehend, welche Funktionen die Betriebsräte jetzt haben. In erster Linie sei die Betriebskontrolle durchgeführt worden, die sich auf die Produktion und die Finanzen ausdehne. Die Idee der Arbeiterkontrolle habe besonderen Widerstand bei den Ingenieuren und Technikern gefunden. Lajowski schildert ausführlich die Lage bei Beginn der Oktoberrevolution, den Widerstand der Groß-Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und selbst einzelner Schichten der Arbeiterklasse. Es gab nichts anderes zu tun, als mit der politischen Macht auch die volle wirtschaftliche Macht in die Hände zu bringen. Deshalb beschloß der Allrussische Rat im November 1917 die Durchführung der Arbeiterkontrolle, der natürlichen Folge der Kontrolle der Banken und demgemäß verfügte der Oberste Rat der Volkswirtschaft die Sozialisierung der Banken.

Die Oktoberrevolution war eine Revolution des russischen Proletariats, hinter der die Bauernschaft und die Armee standen. Alle Arbeiterverbände waren Träger der Revolution, alle Angestellten Gegner der Oktoberrevolution, von den Staatsbeamten waren die oberen gegen, die unteren für die Oktoberrevolution. Die Eroberung der politischen Macht ist die Voraussetzung für die Kontrolle der Produktion. Die Produktion kann entweder nur der Bourgeoisie oder der Arbeiterschaft gehören. Ein Mittelweg gibt es nicht und kann es nicht geben. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird in die Diskussion über Punkt 3 und 4 der Tagesordnung eingetreten. Ein Redner aus Hamburg verweist auf den § 106 des Betriebsrätegesetzes, durch dessen Anwendung viele Betriebsräte ihre durch frühere landesgesetzliche Regelung viel weitergehenden Befugnisse verlieren. Der Redner erörtert auch die Stilllegung der Betriebe, Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und fordert, daß möglichst bald die Ausführungsbestimmungen über die Beteiligung am Ausschussrat erlassen werden.

Zifo-Berlin tritt dafür ein, daß die Betriebsräte-Organisationen den Gewerkschaften einverleibt werden. Er bittet, jene Resolutionen zu berücksichtigen, die von der Rätezentrale vorgelegt sind.

Engelhardt (Bergbau) wendet sich gegen den Vorredner, dessen Ausführungen auf die Zerstückelung der Gewerkschaften hinauslaufen. Wir lassen uns die Gewerkschaften heute nicht von einer Winderheit zerstückeln. (Beifall.) Wenn die Bergarbeiter als Sturmband für die Sozialisierung stehen sollen, dann müssen wir verlangen, daß die gesamte Arbeiterschaft geschlossen hinter uns steht. Der Redner schließt mit einem lebhaften Beifall für die Zentralgewerkschaften. (Lebhafter Beifall.) Der Vorsitzende weist die Darstellung in der „Roten Fahne“ zurück, in der gesagt wird, daß der Betriebsrätekongress nur

auf Drängen der Arbeitslosendemonstration sich mit der Erwerbslosenfrage beschäftigt habe.

Kiel (Bergarbeiter) begründet einen Antrag auf Schluß der Debatte. Wir erklären, wir stehen auf dem Boden der alten Gewerkschaften und werden auf diesem Boden stehen bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Gegen den Widerspruch von Schaumburg-Berlin wird der Schlußantrag unter Beifall angenommen.

Brandlers Schlusswort:

Brandler erklärt zu Beginn seiner Rede, daß er in seinem Leben schon viel Kongresse mitgemacht habe, daß ihm aber ein Kongress von so ungeheurer Bedeutung, auf dem die Tagesordnung derart behandelt wurde, noch nicht vorgekommen sei. Brandler wendet sich heftig gegen den Vorwurf, die Resolution würde die Gewerkschaften sprengen.

Wir denken gar nicht daran, die Gewerkschaften zu zerstückeln, sondern wollen sie nur dem neuen Aufgabebereich der Revolution zuführen. Das sage ich im Namen aller jener, die in der A. D. G. B. und in der U. S. P. D. für die Organisierung wirken, im Namen der 750 000 Berliner Arbeiter, die man durch den Vorwurf der Gewerkschaftszerstückelung schwer beleidigt hat. Zur Resolution Dörmann bemerkt der Redner, daß sie nur aus Redensarten bestehe und kein Problem und keinen Gedanken enthalte, mit dem die Betriebsräte hinausgehen könnten. Im Antrag der A. D. G. B. sagen wir konkret, was zu tun ist. Nicht ihn annehmen ist das wichtigste, sondern ihn durchzuführen.

Es ist unmöglich, daß die Betriebsräte-Zentrale Deutschlands eine Unterkommission der Gewerkschaftskommission und der Afa sein soll. Wir beantragen deshalb, eine aus 30 Personen bestehende Betriebsräte-Zentrale zu wählen. Ihr sollen fünf Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und fünf Vertreter der Afa hinzugesetzt werden. Die Rätezentrale soll mit den Gewerkschaften und der Afa zusammenarbeiten. So sieht unsere Zerlegung der Gewerkschaften aus.

Hinter den Resolutionen steht verheißt die konterrevolutionäre Politik der Spitzenorganisationen. Wir können euch nur ebenso warnen wie 1914. Damals seid ihr nicht den revolutionären Methoden gefolgt, sondern den Rattenfängern. Ihr kommt ungezogen dazu, daß ihr den Zerlegungsbeschluss fördert statt daß ihr ihn verhindert. Redner spricht für Annahme des U. S. P. D. und A. D. G. B.-Antrages zur Wahl einer Betriebsräte-Zentrale. Der Kongress bedeutet keine Erledigung der schwerwiegenden Probleme, er ist nur ein Aufstoß, die gefährlichen Fehler zu vermeiden und besser vorwärts zu schreiten. Er ist ein Schlüsselpunkt in einer Phase der deutschen Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Dörmanns Schlusswort:

Der Genosse Brandler hat mit großem Aufwand erklärt: uns trennt eine Weltanschauung. Und was haben wir erlebt? Brandler hat, um eine geizenhafte Weltanschauung zu konstruieren, sich einen Popanz zurechtgemacht, auf dem er sich herumtummelte. Wer streitet denn mit Brandler über seine weltanschaulichen Grundlegenden Ausführungen? Die Gewerkschaften haben sich seit ihrer Gründung auf dem Boden des Sozialismus gestellt. (Beifall.) Dörmann verweist auf die alten Kämpfe, auf die schweren Opfer, die gebracht wurden für die Gewerkschaften und den Sozialismus. Bebel hat sich zu Anfang der neunziger Jahre mit denselben Phrasen herumgehauen müssen, wie es heute geschieht. Ich habe seit Kriegsbeginn im härtesten Kampf gegen die Kriegspolitik gestanden. Auch Brandler stand dabei, das erkenne ich an. Aber der größte Teil seiner Anhänger hat in den ersten Kriegsjahren genau so Durra gebrüllt wie die anderen. (Beifall.) Wenn wir mit Solat, Körpel, mit anderen gemeinsam kämpfen, so behauptet niemand, daß wir auch politisch auf gleichem Boden stehen. Das könnte euch so passen. Ich betenne mich selbst je zum revolutionären Sozialismus und hoffe, daß uns die Zeitkämpfe auf den gemeinsamen Kampfboden bringen. (Beifall.) Brandler trifft uns nicht, wenn er uns als konterrevolutionär bezeichnet. Wer ehrlich mit uns kämpfen will, soll uns als Kampfgenosse stets willkommen sein. Ich erkläre zu den gemeinsamen Anträgen der U. S. P. und A. D. G. B., daß die große Mehrheit der U. S. P.-Delegierten es ablehnt, sich mit euch zu identifizieren. (Lebhafter Beifall.) Dörmann verteidigt seine Resolution gegen die Angriffe Brandlers. Er weist es scharf zurück, daß er den Arbeitern parlamentarische Mittel empfiehlt und stellt ausdrücklich fest, daß die Arbeiterschaft zu Aktionen auffordert, und zwar so, daß die parlamentarischen mit den außerparlamentarischen zu verbinden sind.

Und nun: selbständige Betriebsräte oder Zusammenschaffung der Gewerkschaften. Dörmann zitiert Schapnikow und Bucharin, die beide über die Rolle der russischen Betriebsräte, der sogenannten Fabrikkomitees, mitteilen, daß diese Organe der Gewerkschaften sind, und daß alle Maßnahmen der russischen Regierung sich nur auf die Gewerkschaften stützen. Dörmann kommt auf die in den Anschließungsbedingungen der dritten Internationale enthaltenen Angriffe auf die „gelbe“ Internationale zu sprechen. Was bedeutet das denn anders, als die Zerstückelung der internationalen Gewerkschaftsbewegung. (Zuruf: Nicht national.) Sie muten uns viel Dummheit zu, wenn Sie uns glauben machen wollen, daß man die Gewerkschaften international zerlegen und national erhalten kann. (Lebhafter Beifall.) Ich sage hier in aller Offenheit: Es ist eine böswillige Verleumdung und Lüge, uns in der Antierdamer Internationale als „gelb“ zu bezeichnen. (Stürmischer Beifall.)

Dörmann schildert das Zustandekommen der Einigung in Berlin und sagt: Die Einigung in Berlin kam zustande unter dem Motto: Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein. (Großer Lärm.) Die Afa und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund haben sich programmatisch auf den Sozialismus verpflichtet. Die Afa mit einer Million Angestellte stellt sich mit uns auf den sozialistischen Kampfboden. Dörmann appelliert zum Schluß mit großer Wärme an den Kongress, zu gemeinsamer Arbeit auf gemeinsamen Kampfboden zusammenzutreten, und bittet um Annahme der Resolutionen Körpel und Brolat. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

In der nun folgenden Abstimmung wird die Resolution Brolat über die Organisation der Betriebsräte mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen etwa 100 Kongressmitglieder. Mit der Annahme dieser Resolution sind die Richtlinien für die Organisation der Betriebsräte grundsätzlich angenommen und beide Resolutionen der Opposition sind damit erledigt.

Die Resolution Dörmann über den Aufgabenkreis der Betriebsräte wird mit einem Zusatzantrag der Breesener Delegierten, daß die Betriebsräte auch entscheidenden Einfluß auf die Preisbildung auszuüben haben, fast einstimmig angenommen. Der Antrag der Opposition wird dem Beirat als Material überwiesen.

Die Resolutionen Körpel 1, 2, 3 werden ebenfalls fast einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag Rabold-Langenberg, der eine Änderung des Betriebsrätegesetzes dahingehend vorschlägt, daß die Betriebsräte in Betrieben von 50 Arbeitnehmern aufwärts verlangen können, eine Betriebs-, Gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen zu erhalten. Ein Antrag, den nächsten Betriebsräte-Kongress außerhalb Berlins stattfinden zu lassen und die Wahl des Ortes dem Beirat zu überlassen, wird angenommen.

Ein Antrag, in den 16 Industrie-Gruppen eine Industrie-Gruppe der Kraftzeugung und -verteilung hinzuzufügen, wird dem Beirat überwiesen, ebenso ein Antrag, der eine Änderung des § 4 des Betriebsrätegesetzes fordert. Eine Entschliessung Arde-Dresden, welche es für moralische Pflicht aller erklärt, für die Schwerverbeschädigten des Krieges und der Arbeit, die jetzt vor der Entlassung stehen, einzutreten, wird einstimmig angenommen, ebenso ein Protest gegen die Arbeitsdienstpflcht und die Treibereien zur Beseitigung des Achtfundertages. Ein Antrag, daß zur Wohnungsfrage dem Beirat überwiegen. (Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

